

belastet, daß sie selbst nicht als Schriftsteller, Künstler oder Gelehrte in ausreichendem Maße tätig sein können. Es fehlt das Verständnis in den Parteiorganisationen, daß *darin* ihre Hauptaufgabe besteht und daß ihre Einwirkung auf die bürgerlichen Intellektuellen nur dann möglich ist, wenn sie sich durch ihre eigenen Leistungen als geistige Repräsentanten der Partei in diesen Schichten Respekt verschaffen. Es fehlt unseren Intellektuellen ebenfalls oft die Hilfe bei der Überwindung einfachster materieller Schwierigkeiten.

Der Parteivorstand lenkt die Aufmerksamkeit der ganzen Parteiorganisation auf die Bedeutung der Arbeit zur Gewinnung der Intelligenz und der Förderung der Kunst, Wissenschaft und Literatur. Er bringt die Entschließung des II. Parteitages in Erinnerung, in der es heißt:

„Für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Neuaufbau Deutschlands ist die aktive Mitarbeit der Wissenschaftler, Juristen, Ärzte, Ingenieure, Lehrer und Künstler von lebenswichtiger Bedeutung. Die Arbeiterklasse muß daher ein festes Bündnis mit allen demokratisch gesinnten Geistesschaffenden hersteilen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands strebt danach, eine enge Verbindung der Geistesschaffenden mit den übrigen Schichten der Werktätigen herzustellen, aus deren Mitte der Nachwuchs der Geistesarbeiter in wachsendem Maße heranzubilden ist. Rückständige Stimmungen eines Gegensatzes zwischen den Arbeitern und den Intellektuellen müssen entschieden bekämpft werden. Innerhalb der Partei müssen diese Schichten den Platz und die Anerkennung finden, die ihnen gebühren.“

Die Landesleitungen werden verpflichtet, eine ernste Überprüfung der Kulturarbeit und der Arbeit unter den Intellektuellen durchzuführen und sich dabei von folgenden Gesichtspunkten über die vor- dringlichen Aufgaben auf diesem Gebiete leiten zu lassen:

1. Die Anstrengungen der Partei müssen darauf gerichtet werden, die demokratischen Kräfte der Intelligenz zu sammeln und sie als aktive Teilnehmer der Volksbewegung für die Einheit und gerechten Frieden zu gewinnen. Dabei muß streng darauf geachtet werden, daß nicht durch Verletzung der Überparteilichkeit dieser Bewegung das Vertrauen der Geistesschaffenden in die Aufrichtigkeit unseres gesamt^ationalen und demokratischen Wollens gefährdet wird.

2. Die Partei muß eine gut durchdachte ideologische Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen führen. Dabei ist darauf zu